

Protokoll über die Sitzung Nr. 3/2024 des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 11. März 2024, um 14:00 Uhr, im Ratssaal

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist *(ab 16:05 Uhr)*

Mitglieder SPD-Fraktion

Beigeordneter Volker Block
Ausschussmitglied Christina Heide
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld
Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Jens Stoffers
Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Stefan Becker
Beigeordneter Markus Bulla
Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes
Vertreterin Helga Weinstock *(bis 15:55 Uhr)*

Mitglieder Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Martin Burkhart
Vertreter Michael von den Berg *(bis 17:25 Uhr)*

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Thorsten Moriße
Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

als Gäste

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt
Ratsmitglied Olaf Fischer
Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner *(bis 18:05 Uhr)*
Stefan Schwanke – Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns
 Stadtbaurat Niksa Marusic
 Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Vanessa Becker - Fachbereich Kommunikation & Koordination
 Britta Dirks – Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
 Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen
 Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen
 Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination
 Josef Schun - Fachbereichsleitung Feuerwehr
 Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|------|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 19.02.2024 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 4.1 | Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2025 für kostenrechnende Einrichtungen | 67/2024 |
| 4.2 | Wirtschaftsplan TBW 2024 (Änderung des Ratsbeschlusses vom 29.11.2023 über die Höhe der Verpflichtungsermächtigung 2024 - Korrektur) | 71/2024 |
| 4.3 | Anregung gem. § 34 NKomVG - Einrichtung echter Bürgerräte | 41/2024 |
| 4.4 | Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven | 53/2024 |
| 4.5 | Antrag WIN@WBV- und CDU-Fraktion: Konzeptentwicklung für die Verwaltungsstruktur unter Berücksichtigung des künftigen Personalfehls als auch der Digitalisierungsmöglichkeiten | 547/2023 |
| 4.6 | Antrag SPD-Fraktion: Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers | 562/2023 |
| 4.7 | Gemeinsamer Antrag der SPD- Fraktion und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Verbindliche Anwendung des TVöD in allen städtischen Gesellschaften | 500/2024 |
| 4.8 | Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Verabschiedung einer Erklärung "Gemeinsam für Demokratie" | 507/2024 |
| 4.9 | Antrag Beigeordneter Heinemann (namens des Seniorenbeirates): Seniorengerechte Gestaltung des öffentlichen Raums | 509/2024 |
| 4.10 | Antrag SPD-Fraktion: Haushaltsberatungen außerhalb der Stadt | 513/2024 |
| 4.11 | Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfauftrag Sichere Fußwege: PKW-Parkplätze vom Bordstein zurück auf die Straße | 515/2024 |
| 4.12 | Antrag AfD-Fraktion: Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber in der Flüchtlingsunterkunft St. Willehad | 518/2024 |
| 4.13 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat | 68/2024 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 5.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 45/2024 |

- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen
- 6.2 Information zur Direktvergabe ÖPNV
- 6.3 Sachstand Tourismuskonzept
- 6.4 Sachstand TANO
- 6.5 BIWAQ V: Sachstandsbericht zu WILHELM - Wilhelmshaven mittendrin
- 6.6 Sachstand gemeinsame Sitzung der für die Wirtschaft zuständigen Ausschüsse aus Friesland und Wilhelmshaven am 14.03.2024

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Burkhardt fragte, warum die Beschlussvorlage Nr. 74/2024 nicht auf der Tagesordnung sei, in der Beratungsreihenfolge sei der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen enthalten.

Herr Bruns erklärte, dass die Beschlussvorlage nicht rechtzeitig fertiggestellt gewesen sei.

Herr Burkhardt stellte einen Dringlichkeitsantrag auf Aufnahme der Beschlussvorlage auf die Tagesordnung.

Herr Schönfelder erklärte, dass keine Dringlichkeit vorliege und die Beschlussvorlage keine finanziellen Auswirkungen habe. Eine Vorberatung im Ausschuss sei nicht notwendig.

Herr Becker sprach sich für die Aufnahme des Tagesordnungspunktes aus.

Herr Stoffers erläuterte, dass die Dringlichkeit objektiv vorliegen müsse und dies hier nicht der Fall sei. Der Ausschuss sei nur beratend und müsse nicht zwingend die Beschlussvorlage behandeln.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Becker kritisierte, dass die Beschlussvorlage Nr. 29/2024 nicht auf der Tagesordnung sei, da diese zum Thema Tourismus gehöre.

Herr Marušić sagte, dass grundsätzlich die Beratung in weiteren Fachausschüssen möglich sei, wenn gewünscht könnte das Thema am Ende der Tagesordnung aufgegriffen werden.

Herr Schön und **Herr Tönjes** stimmten Herrn Becker zu und schlugen vor das Thema unter den Tagesordnungspunkt „Sachstand Tourismuskonzept“ zu besprechen.

Die unveränderte Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 19.02.2024

Herr Heinemann informierte, dass das Protokoll noch nicht zur Verfügung stehe.

Herr Tönjes fragte, warum es nicht innerhalb von 3 Wochen, gemäß der Frist aus der Geschäftsordnung, abrufbar sei.

Herr Müller erklärte, dass die Sitzung erst 3 Wochen her und die Verzögerung teilweise krankheitsbedingt sei. Das Protokoll sei allerdings schon fertiggestellt und müsse nur noch abgestimmt werden.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2025 für kostenrechnende Einrichtungen **67/2024**

-Keine Wortmeldungen-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2025 auf 2,01 % (bisher 2,15 %) fest.

4.2 Wirtschaftsplan TBW 2024 (Änderung des Ratsbeschlusses vom 29.11.2023 über die Höhe der Verpflichtungsermächtigung 2024 - Korrektur) **71/2024**

Herr Müller führte in die Beschlussvorlage ein.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Änderung des Ratsbeschlusses vom 29.11.2023 über die Verpflichtungsermächtigung gemäß Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe Wilhelmshaven, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2024 auf einen Gesamtbetrag in Höhe von 7.550.000 € (Korrektur).

4.3 Anregung gem. § 34 NKomVG - Einrichtung echter Bürgerräte **41/2024**

Herr Tönjes hinterfragte, warum die Vorlage im Ausschuss beraten wird, da eigentlich der Verwaltungsausschuss für Anregungen zuständig sei.

Herr Schönfelder antwortete, dass Anregungen grundsätzlich vom Verwaltungsausschuss beraten werden, allerdings könne man sich als Verwaltung die Einrichtung echter Bürgerräte vorstellen und es soll ein Meinungsbild der Politik erfasst werden, da dann Mittel im Haushaltsplan aufgenommen werden müssten.

Herr Schön betonte, dass die Anregung impliziere, dass der Rat nicht die Interessen der Bürger vertrete. Der Rat sei bereits von den Bürgern gewählt und Bürgerräte seien nicht notwendig.

Herr Tönjes stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung.

Es folgte eine Diskussion zwischen **Herrn Schön, Herrn Becker, Herrn Schönfelder, Herrn Burkhardt, Herrn Stoffers** und **Herrn Dr. Schulte** darüber, ob der Beschlussvorschlag lediglich eine Information sei oder ob es sich um eine Entscheidung handle.

Herr Schönfelder zog die Beschlussvorlage zurück und kündigte an, diese zu überarbeiten und erneut einzubringen.

Beschluss: -zurückgezogen-

4.4 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienst Wilhelmshaven **53/2024**

Herr Burkhardt stellte diverse Fragen zur Vereinbarung, welche von **Herrn Schun** beantwortet wurden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) ab dem 01.04.2024 zu.
2. Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 01.04.2024.

4.5 Antrag WIN@WBV- und CDU-Fraktion: Konzeptentwicklung für die Verwaltungsstruktur unter Berücksichtigung des künftigen Personalfehls als auch der Digitalisierungsmöglichkeiten **547/2023**

Herr Bulla brachte den Antrag ein und berichtete, dass das angesprochene Konzept bereits mehrmals im Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen vorgestellt worden sei. Er bat darum, das Konzept bis zur Ratssitzung der Beschlussvorlage beizufügen.

Herr Tönjes, Herr von den Berg und **Herr Stoffers** erkundigten sich, was mit dem Antrag konkret beschlossen werden soll und wiesen darauf hin, dass ein altes Datum im Antrag enthalten sei.

Herr Bulla erklärte, dass das bereits vorgestellte Konzept zur Digitalisierung und Optimierung des Personaleinsatzes, über welches im Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen und im Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss laufend informiert worden sei, beschlossen werden soll. Im Konzept seien noch keine Angaben zu den Kosten enthalten und es müsse fortlaufend überarbeitet werden. Es würde sich beim Konzept um ein Gerüst handeln und über die Einzelmaßnahmen werden eigene Beschlüsse erfolgen. Vor dem 30.11.2023 sei bereits ein erster Entwurf des Konzeptes den Ausschüssen vorgestellt worden.

Herr Bulla brachte einen Änderungsantrag ein. Demnach wird die Verwaltung beauftragt, das bestehende Konzept fortlaufend weiter zu entwickeln und den Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen und der Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss fortlaufend über die Umsetzung zu informieren.

Frau Weinstock und **Herr Tönjes** betonten, dass sie das Konzept nicht kennen und auf einen solchen Beschluss daher nicht vorbereitet seien.

Herr Becker sagte zu, dass der Antrag überarbeitet wird und am nächsten Tag gemeinsam mit dem Konzept allen zugeschickt werde.

Es wurde über den Änderungsantrag von Herrn Bulla abgestimmt.

Der Änderungsantrag wurde mit 9 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Im Anschluss wurde über den geänderten Antrag abgestimmt.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-
-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, **das bestehende** Konzept für die Verwaltungsstruktur **fortlaufend weiter** zu entwickeln, welches sowohl das künftige Personalfehl als auch dem gegenüberstehend

die Möglichkeiten der Digitalisierung berücksichtigt. **Die Verwaltung wird den Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen und den Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss fortlaufend über die Umsetzung des Konzeptes informieren.**

Das Konzept soll keinen Denkverboten unterliegen und ggf. auch unterschiedliche Varianten und Möglichkeiten aufzeigen. Hinsichtlich finanzieller Auswirkungen sind sowohl alle Einsparungen in allen Bereichen aufzuzeigen als auch notwendige Ausgaben, die sich ggf. durch fortschreitende Digitalisierung ergeben. Die Digitalisierungsausgaben sind dabei getrennt nach Auswirkungen aufgrund ohnehin bestehender gesetzlicher Verpflichtung sowie ggf. zusätzliche Ausgaben, die aus weiteren Varianten/Konzeptvorschlägen ergeben. Zu berücksichtigen ist auch die Ausweitung von Telearbeitsplätzen und der sich hieraus ergebende geminderte Raumbedarf. Zugrunde zu legen sind folgende Vorgaben: Unter Berücksichtigung der Personalfuktuation der vergangenen Jahre sowie des Ausscheidens aufgrund der Altersgrenze ist davon auszugehen, dass 150 Stellen (Vollzeitäquivalent=VZÄ) nicht nachbesetzt werden können, selbst wenn sich in der Aufgabenkritik/Verwaltungsstruktur keinerlei Änderungen ergeben würden. Es ist somit erforderlich, die Verwaltung so aufzustellen, dass die Aufgaben auch mit einer Reduzierung von 10% der Stellen (VZÄ) gewährleistet werden muss. Diese Reduzierung ist durch geeignete Maßnahmen im Zuge der Digitalisierung zu kompensieren, was einer sehr konservativen Einschätzung der Einsparung entspricht und somit solide erscheint. Die Reduzierung der VZÄ sind dementsprechend beginnen ab dem Kalenderjahr 2026 mit mindestens 5 % auszuplanen und dann jährlich um mindestens ein Prozent zu steigern. Das Konzept ist dem Rat bis zum 30.11.2023 zur Beschlussfassung vorzulegen. Dieser Beschluss ist dem Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2023/2024 beizufügen, die obigen Vorgaben zum Stellensoll sowie ggf. Infrastrukturanpassungen in diesem zu berücksichtigen. Ausgaben für gesetzlich verpflichtende Digitalisierungsmaßnahmen dürften dabei nicht zusätzlich anfallen, da diese ohnehin in der Haushaltsplanung abgebildet sein müssen.

4.6 Antrag SPD-Fraktion: Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers **562/2023**

Der Antrag wurde von **Herrn Brandt** eingebracht. **Herr Brandt** begründete diesen Antrag, unter anderem damit, dass die Kostenkontrolle für das Service-Center nicht bei der Stadt liege und die Stellen für die Telefonzentrale innerhalb der Verwaltung besonders für Personen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen geeignet wären. Er berichtete, dass Herr Feist in der letzten Sitzung des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen versichert habe, dass man Lösungen für behinderte Menschen finden würde.

Die **Herrn Becker, Burkhart, Fischer, Bulla, Stoffers** und **Frau Zaage** erklärten, dass sie den Antrag ablehnen werden, da sich das Service-Center bewährt habe und viele Fachbereiche, insbesondere der Fachbereich 32, sehr zufrieden seien mit dem Service-Center und eine Arbeitserleichterung durch dieses haben.

Herr Block entgegnete, dass die SPD-Fraktion auch mit vielen Mitarbeitern gesprochen habe und man bei dem Antrag bleibe.

Herr Tönjes teilte mit, dass er grundsätzlich eine Kombination aus externen Anbieter und eigener Zentrale für gut hält, daher werde sich seine Gruppe enthalten.

Herr Bruns erläuterte, dass eine eigene Telefonzentrale kostenintensiver wäre, unter anderem dadurch, dass in Oldenburg nach dem tatsächlichen Aufwand abgerechnet werde. Grundsätzlich kümmere die Verwaltung sich immer darum wo und wie Personen mit Einschränkungen eingesetzt werden können. Es sollte außerdem bedacht werden, dass durch eine hausinterne Telefonzentrale wieder Stellen geschaffen werden, die man trotz des aktuellen Personalmangels erst einmal besetzen können muss.

Herr Brandt erklärte, dass die SPD-Fraktion den Antrag nicht zurückziehen werde, sich aber vorbehalten werde in den Haushaltsberatungen eine Mischlösung zu beantragen.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Kündigung des Vertrages mit dem Service Center Oldenburg zum 31.12.2024 und gleichzeitiger Aufbau eines städtischen Service Centers auf Grundlage der städtischen Telefonzentrale.

4.7 Gemeinsamer Antrag der SPD- Fraktion und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Verbindliche Anwendung des TVöD in allen städtischen Gesellschaften **500/2024**

Herr Block brachte den Antrag ein und erklärte, dass darüber im Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen ausgiebig diskutiert worden sei und dort eine Präsentation zur Verfügung gestellt worden sei.

Herr Becker befürwortete den Antrag.

Herr Stoffers erkundigte sich nach den finanziellen Auswirkungen und betonte, dass er ein Beschluss ohne Kenntnis über diese kritisch sehe.

Herr Bruns sagte, dass er für diesen Bereich nicht mehr zuständig sei, wies aber darauf hin, dass die Stellen dann zunächst auch alle nach dem TVöD bewertet werden müssen. Inwieweit dies schon erfolgt sei, sei ihm nicht bekannt, auch die Kosten konnte er nicht beziffern.

Herr Bulla sagte, dass bereits einiges ermittelt worden sei, aber die exakten Zahlen nicht bekannt seien.

Herr Burkhardt bemängelte die Formulierung bezüglich der verbindlichen Anwendung. Es sollte möglich sein, dass die Gesellschaft selber entscheidet, ob Haustarif oder TVöD angewendet wird, da in einigen Gesellschaften der Haustarif höher sei.

Herr Block kritisierte, dass die ersten Berechnungen schon heute vorgelegt hätten werden können und man sich bewusst sei, dass die Bewertungen dauern werden. Im Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen habe es einen Änderungsantrag gegeben mit dem der Zeitraum bis zum 30.09.2024 erweitert worden sei.

Herr Schönfelder machte deutlich, dass der Änderungsantrag dann noch einmal in der Ratssitzung gestellt werden müsste.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. In sämtlichen städtischen Gesellschaften in Wilhelmshaven ist der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) verbindlich anzuwenden.
 - 1.1 Vorab ist zu prüfen ob als erster Schritt ein Haustarifvertrag in Anlehnung an den TVöD eingeführt werden kann. Für die Tochtergesellschaften wird bis zum 30.06.2024 von den jeweiligen Geschäftsführern und Betriebsleitern ein Überleitungstarifvertrag in einen Haustarif in Anlehnung an den TVöD erarbeitet und dem Ausschuss für Personal und Gleichstellung vorgelegt und im Anschluss in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen verabschiedet. Die Grundlage der Vereinbarung zur Überleitung der Mitarbeiter werden analog den Erfahrungen aus der Überleitung des BAT in den TVöD (01.10.2005) genutzt. Dabei soll die Überleitung in den TVöD hinsichtlich des Entgelts zum nächstmöglichen Termin in folgenden Schritten erfolgen:
 - 1.2 Ermittlung der neuen Entgeltgruppe
 - 1.3 Bildung eines Vergleichsentgelts
 - 1.4 Ermittlung der Stufe in der neuen Entgeltgruppe (mindestens Erfahrungsstufe 2)
 - 1.5 Feststellung von Besitzstandsansprüchen/Vertrauensschutz
2. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich einen Vorschlag auszuarbeiten, in dem festgelegt wird, bis zu welchem Zeitpunkt die Umstellung auf den TVöD für jede einzelne städtische Gesellschaft abgeschlossen sein kann und bis 30.06.2024 zu ermitteln, welche Kostenauswirkungen dieses für die folgenden Haushalte bedeuten.

3. In sämtlichen städtischen Gesellschaften in Wilhelmshaven sind die Verträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grundsätzlich zu entfristen, wenn eine Beschäftigungsdauer von zwei Jahren überschritten ist. Ausgenommen von dieser Regelung sind leitende Angestellte/ Geschäftsführer. Hier gelten die bisherigen Regelungen.

4.8 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Verabschiedung einer Erklärung "Gemeinsam für Demokratie" **507/2024**

Herr Burkhardt zog den Antrag zurück.

Beschluss: -zurückgezogen-

4.9 Antrag Beigeordneter Heinemann (namens des Seniorenbeirates):
Seniorenrechte Gestaltung des öffentlichen Raums **509/2024**

Herr Heinemann brachte den Änderungsantrag ein und erklärte, dass der Seniorenbeirat selber nicht antragsberechtigt sei, jedoch von diversen Bürgern zu dieser Thematik angesprochen worden sei.

Herr Tönjes führte an, dass er es besser gefunden hätte, wenn der Antrag allgemein auf Familiengerechtigkeit abgezielt hätte.

Herr Marušić erklärte, dass der Verwaltung durchaus bewusst sei, was durch den Antrag zu tun sei. Rollstuhlgerecht würde außerdem bedeuten, dass dies auch ausreichend für Kinderwägen sei.

Herr Burkhardt, Herr Becker, Herr Block, Herr Heinemann und **Herr Stoffers** diskutierten kurz darüber, ob der Seniorenbeirat Antragsberechtigt sein sollte und befürworteten den Antrag.

Herr Dr. Schulte lobte, dass die Mitarbeiter von TBW bei Hinweisen unverzüglich mögliche Stolperstellen beseitigen würde.

Herr Stoffers erkundigte sich, ob dafür Mittel im Wirtschaftsplan vorhanden seien.

Herr Marušić antwortete, dass mit der Beschlussvorlage Prioritäten für die allgemeinen Mittel gesetzt werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, im öffentlichen Raum, zunächst insbesondere in der Nähe von Alten- und Pflegeheimen, Sitzmöglichkeiten zu schaffen, Sturz- und Stolpergefahrstellen an

Gehwegen zu beseitigen und die Übergänge von Gehweg auf die Straße so abzusenken, dass Rollatoren und Rollstühle stufenlos darüberfahren können.

4.10 Antrag SPD-Fraktion: Haushaltsberatungen außerhalb der Stadt **513/2024**

Herr Block sagte, dass über den Antrag bereits beraten worden sei und es einen Änderungsantrag gegeben habe. Nach dieser Beratung habe noch einmal ein Austausch stattgefunden und dazu sollten Prüfungen erfolgen.

Frau Muth erklärte, dass über die Anträge nicht entschieden worden sei. Der Änderungsantrag müsste erneut eingebracht werden.

Herr Block stellte einen Änderungsantrag, demnach soll jede Fraktion die Kosten für die Haushaltsberatungen selber tragen. Im Gegenzug sollen diese Kosten in die Entschädigungssatzung aufgenommen werden. Die Kosten für Mitglieder ohne Gruppe oder Fraktion soll die Verwaltung übernehmen. Er betonte, dass die Beratungen außerhalb des Stadtgebietes wichtig seien.

Herr Becker und **Herr Tönjes** vertraten die Auffassung, dass die Haushaltsberatungen in Wilhelmshaven stattfinden sollen. Dies würde Zeit sparen, auch für die Mitarbeiter, und sei nachhaltiger.

Frau Weinstock betonte, dass darüber kontrovers diskutiert worden sei, sie sich aber mit Haushaltsberatungen in Wilhelmshaven anfreunden könne, wenn sie nicht im Rathaus stattfinden.

Herr Burkhart hielt die Beratungen im Gorch-Fock-Haus oder in der VHS für eine gute Alternative.

Frau Zaage erklärte, dass Klausurberatungen im Rathaus auf keinen Fall angemessen seien, insbesondere die Verpflegung in den Sozialräumen.

Der Änderungsantrag von Herrn Block wurde mit 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Im Anschluss wurde über den unveränderten Antrag abgestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Die Haushaltsberatungen für den nächsten Doppelhaushalt der Stadt Wilhelmshaven sollen wieder außerhalb der Stadt stattfinden.

4.11 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Prüfauftrag Sichere Fußwege: PKW-Parkplätze vom Bordstein zurück auf die Straße **515/2024**

Herr Burkhart brachte den Antrag ein und betonte, dass man sich der kontroversen Diskussion bewusst sei, jedoch möchte, dass Radfahrer und Fußgänger die Gehwege angemessen nutzen können.

Herr Becker widersprach einer En-bloc-Abstimmung und berichtete von dem Abstimmungsergebnis aus dem Betriebsausschuss TBW.

Frau Weinstock befürwortete den Antrag.

Es wurde über die einzelnen Punkte des Antrages abgestimmt.

Dem Punkt 1 wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

Der Punkt 2 wurde mit 3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Punkt 3 wurde mit 3 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Punkt 4 wurde mit 3 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Punkt 5 wurde mit 4 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat eine Vorlage vorzulegen, die Gehwegflächen identifiziert, die nicht künftig mehr als PKW-Parkraum genutzt werden sollen.

2. Ziel der Prüfung ist es, deutliche Verbesserungen für den Fußgängerverkehr zu erreichen und die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen in Wilhelmshaven zu steigern.

3. Um den Herausforderungen der demographischen Entwicklung zu begegnen, Inklusion zu erleichtern, und um die Stadt sicherer, sozialer und kinderfreundlicher zu gestalten, sollten Gehwege in ihrer vorhandenen Breite nutzbar und in der Regel dem Fußverkehr vorbehalten sein.

4. PKW-Parkplätze sollten grundsätzlich vom Bordstein auf die Fahrbahn verlagert werden, auch um Kosten zu reduzieren, da vorhandene Gehwegpflasterungen geschont werden. Zudem wird der Stress für betroffene Bäume reduziert, um Schäden an den Pflanzen vorzubeugen und dadurch evtl. notwendige Neuanpflanzungen zu vermeiden.

5. Das Parken auf Gehwegen kann in wenigen begründeten Ausnahmefällen zugelassen werden, wenn genügend, klar definierter Platz für den ungehinderten, sicheren Verkehr von Fußgänger*innen auf dem Gehweg, gegebenenfalls mit Kinderwagen oder Rollstuhlfahrern auch im Begegnungsverkehr, vorhanden ist.

4.12 Antrag AfD-Fraktion: Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber in der Flüchtlingsunterkunft St. Willehad **518/2024**

Herr Becker stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung. Diesen Antrag begründete er damit, dass kein Mitglied der AfD-Fraktion anwesend sei, um den Antrag einzubringen.

Herr Tönjes unterstützte den Antrag zur Geschäftsordnung und betonte, dass man keine Angst habe sich inhaltlich mit dem Antrag der AfD-Fraktion auseinander zu setzen, auch wenn der Antrag fragwürdig sei.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung wurde mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beschluss: -Nichtbefassung-

Hiermit beantragen wir aufgrund von § 5 - Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) der üblichen Reinigungsarbeiten sowie kleinere Hausmeistertätigkeiten in der Gemeinschaftsunterkünften in Wilhelmshaven durch die Bewohner. Aufgrund der Haushaltslage und Gesetzeslage soll eine Aufwandsentschädigung von 80 Cent je S Arbeitskraft ausgezahlt werden.

4.13 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **68/2024**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spende.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1.Förderverein Freiwillige Feuerwehr Fedderwarden Poststraße 18 g 26388 Wilhelmshaven	3.694,00 €	Spende eines Einsatz- zettes für die Ortsfeuerwehr Fedderwarden

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **45/2024**

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spenden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Herr Hinrich Johann Lüken Tidofeld 1 26388 Wilhelmshaven	500,00 €	Geldspende für die Freiwillige Feuerwehr Sengwarden
2. Öffentliche Landes- brandkasse Staugraben 11 26122 Oldenburg	1.400,00€	Geldspende zur Förderung der Freiwilligen Feuerwehren

6 Mitteilungen und Anfragen

Wirtschaftspläne TBW und GGS

Herr Heinemann fragte im Namen von Frau Mandt, wann die Genehmigung der Wirtschaftspläne erwartet wird.

Herr Müller erklärte, dass die Genehmigungsfrist auf den 18.03.2024 verlängert worden sei.

Deichbrücke

Herr Becker erkundigte sich nach dem Sachstand der Deichbrücke.

Herr Marušić sagte, dass die Verzögerung aufgrund der notwendigen Neuanfertigung von Teilen bereits bekannt sei. Aktuell werde gerade der Krantermin besprochen, sobald ein konkreter Zeitplan feststehe, werde er darüber informieren.

Museumsschiffe

Herr Becker erkundigte sich nach dem Sachstand der Museumsschiffe.

Herr Marušić teilte mit, dass die Verwaltung derzeit an einer Beschlussvorlage arbeite und mit dieser die zukünftig benötigten Mittel sicherstellen möchte.

Klinikum

Herr Becker fragte, ob es Neuigkeiten in Sachen Finanzierung des Klinikums gebe.

Herr Bruns erklärte, dass momentan keine akute Problemlage existiere.

Sondersitzung FiWiTH 14.03.2024

Herr Burkhardt hinterfragte, wie viele Gäste an der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss des Landkreises Friesland teilnehmen können.

Herr Müller und **Herr Oberbürgermeister Feist** merkten an, dass alle Ratsmitglieder per E-Mail aufgefordert worden seien sich anzumelden, sofern sie als Gäste an der Sitzung teilnehmen wollen. Für Wilhelmshaven haben sich 7 Ratsmitglieder angemeldet.

6.1 Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen

Herr Müller stellte den Veranlagungsstand der kommunalen Steuern vor.

Anschließend berichtete er über die Kosten für Beratung und Gutachten in den Jahren 2022 und 2023, verwaltungsweit und vom Fachbereich Finanzen.

Danach ging er auf die finanziellen Auswirkungen der wirtschaftlichen Situation der KW gGmbH auf die Haushaltsjahre 2022 und 2023 ein. Es gab Ermächtigungen für direkte Auszahlungen an die Gesellschaft in Höhe von 57,7 Mio. €, die laufenden Kosten betragen 5,01 Mio. €.

Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes** erklärte **Herr Müller**, dass es sich bei den laufenden Kosten nicht um eine Vollkostenrechnung handelt, z.B. die Personalkosten der städtischen Mitarbeiter seien dort nicht abgebildet.

Herr Müller berichtete, dass ein sehr konstruktives Gespräch mit Mitarbeitern des Klinikums bezüglich der Wirtschaftspläne 2024 stattgefunden habe. Bis zum 05.04.2024 soll die Verwaltung eine neue Version des Wirtschaftsplanes erhalten, welcher dann im Mai in den Gremien beraten werden soll.

Herr Brandt zeigte sich darüber verwundert, da Frau Dr. Korte bereits im Oktober 2023 gesagt habe, dass der Wirtschaftsplan im November 2023 vorliegen wird. Im Januar habe Herr Feist auf Rückfrage März genannt und nun sei schon die Rede von Mai.

Herr Müller entgegnete, dass das Beteiligungsmanagement schon am Anfang eines Jahres alle Gesellschaften mit einem Zeitplan für die Aufstellung der Wirtschaftspläne anschreibt. In 2023 war die Vorlage der Wirtschaftspläne bis Juni gefordert.

Herr Tönjes bedauerte, dass der Vortrag nicht schon vorab zur Verfügung stand, da es ein komplexes Thema sei. Er erinnerte daran, dass früher immer der Punkt „Berichte aus den Gesellschaften“ auf der Tagesordnung gewesen sei.

Herr Müller antwortete, dass man den Punkt gerne unter Mitteilungen und Anfragen als Unterpunkt bei den Angelegenheiten des Fachbereiches Finanzen dauerhaft aufnehmen könnte.

Herr Schön fragte, wie sich die Gutachtenkosten zusammensetzen. Es wurde eine Beantwortung in nichtöffentlicher Sitzung zugesagt.

6.2 Information zur Direktvergabe ÖPNV

Herr Müller berichtete, dass Ende 2025 der öffentliche Dienstleistungsauftrag für die Verkehrsbetriebe auslaufen werde. Die Verwaltung möchte gerne wieder eine Direktvergabe an die Stadtwerke vornehmen. Zeitlich soll dies aber schon zum 01.12.2025 passieren, da ab 2026 neue Regelungen zu immissionsfreien Fahrzeugen gelten würden. Da eine Direktvergabe lange Vorlaufzeiten benötige, muss bereits im April ein entsprechender Grundsatzbeschluss gefasst werden.

Herr Burkhart wies darauf hin, dass es gut wäre auch den Ortsrat zu informieren. Bei der Vergabe des überregionalen ÖPNV sei der Ortsrat nicht befragt worden.

Herr Marušić erklärte wie die überregionale Vergabe erfolgt ist.

6.3 Sachstand Tourismuskonzept

Frau Dirks stellte in einem Vortrag das Entwicklungskonzept Camping und Wohnmobile vor. Das Ergebnis der Standortuntersuchungen ist, dass an zwei Standorten Camping- und Wohnmobilstellplätze realisierbar sind. Einmal am Banter See (Grodendamm), dort sei eine Ratsentscheidung über die Aufgabe der Freizeitgärten erforderlich, mit der Abwägung welche Nutzung nachhaltiger ist. Der andere Standort ist am Südufer Banter See (Öst. „Klein Wangerooge“). Dort sei eine Teilfläche realisierbar, dabei müsse aber das Deichschutz- und Naturschutzrecht beachtet werden.

Herr Becker sagte, dass natürlich Baurecht berücksichtigt werden müsse, der Rat aber einen Campingplatz beschlossen habe und auch weiterhin als Ziel verfolge.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass auch die Verwaltung einen Campingplatz mit touristischen Plätzen für zwingend erforderlich halte. Es bestehen nun aber rechtliche Probleme, die von hier nicht gelöst werden können.

Herr Fischer teilte mit, dass er sich an den zuständigen Minister gewendet habe, ob eine Überarbeitung der Campingplatzverordnung geprüft werden könne.

Herr Weithöner fragte, ob kleinere Campingplätze mit wenigen Stellplätzen nicht eine Alternative wären.

Herr Block verwies auf den Antrag bezüglich eines Wohnmobilstellplatzes am Freibad Nord und fragte, ob dieser neu eingebracht werden müsste.

Frau Dirks berichtete, dass beim Freibad Nord Schalluntersuchungen gemacht worden seien und dort kein Campingplatz funktionieren würde. Als Alternative kämen dort nur Kurzzeitstellplätze in Frage.

Herr Marušić antwortete Herrn Block, dass der Antrag neu gestellt werden müsste.

Herr Block, Frau Zaage und **Herr Burkhardt** erkundigten sich nach diversen möglichen Flächen.

Herr Oberbürgermeister Feist, Herr Marušić und **Frau Dirks** erläuterten warum die angesprochenen Flächen nicht geeignet seien.

Frau Becker ging in einem Vortrag auf den Sachstand einiger Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept ein und gab eine Ausschau auf das Jahr 2024.

Herr Bulla erkundigte sich, ob bereits eine Aktualisierung des Konzeptes erfolgt und eine Wertschöpfung aus den bereits umgesetzten Maßnahmen erkennbar sei.

Frau Becker antwortete, dass eine Aktualisierung in Arbeit sei. Zur Wertschöpfung könne keine Aussage getroffen werden.

Die **Herren Schön, Brandt** und **Becker** kritisierten, dass die Umsetzung des Tourismuskonzeptes zu lange dauern würde und bemängelten, dass Herr Diers nicht ebenfalls anwesend ist.

Herr Becker bat den Vorsitzenden zukünftig Herrn Diers zum Thema Tourismuskonzept direkt einzuladen.

Herr Heinemann sagte dies zu.

Herr Block fragte, ob es stimme, dass das Hotel beim Minenlager nicht realisiert werde.

Herr Marušić erklärte, dass das Projekt noch aktuell sei und lediglich die Zimmergrößen verändert worden seien. Aktuell haben Investoren viele Probleme bei der Finanzierung, so dass sich das Projekt verzögert.

6.4 Sachstand TANO

Herr Oberbürgermeister Feist berichtete, dass der Nordseereisepass ein großer Erfolg sei und bis Ende 2024 verlängert wird. Die reinen Erlöse hieraus fließen an Projekte für den Klimaschutz. Er berichtete außerdem über weitere Veranstaltungen und Aktionen der TANO.

6.5 BIWAQ V: Sachstandsbericht zu WILHELM - Wilhelmshaven mittendrin

Herr Marušić informierte, dass seit dem 14.12.2023 der Zuwendungsbescheid in Gesamthöhe von 1,219 Mio. € vorliegt. Er erläuterte, wie sich die Summe auf die Teilprojekte aufteilt. Außerdem teilte er mit, dass für das Projektteam im Fachbereich 03 per Stellenausschreibung derzeit eine Verstärkung gesucht werde. In Kürze erfolge eine Befragung der Gewerbetreibenden im Sanierungsgebiet Tondeich. Die Informationen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

6.6 Sachstand gemeinsame Sitzung der für die Wirtschaft zuständigen Ausschüsse aus Friesland und Wilhelmshaven am 14.03.2024

Herr Schwanke stellte in einem kurzen Vortrag die Themen und den Ablauf der anstehenden gemeinsamen Sitzung vor.

Es folgte ein Austausch zwischen **Frau Zaage, Herr Schwanke, Herr Bulla, Herr Burkhart, Herr Heinemann** und **Herr Becker** über die geplanten Beschlüsse und den Sachstand der Projekte.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 19:04 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin